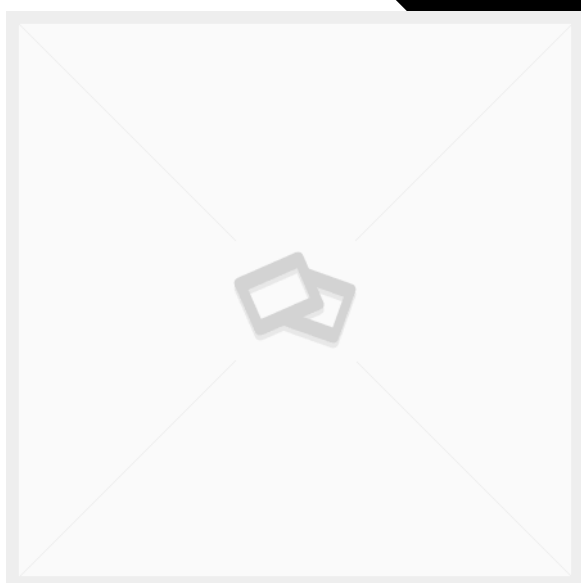


NEUVERSCHULDUNGSVERBOT SACHSEN- ANHALTS VERFASSUNGSGESTALTEN OHNE NEUE SCHULDEN!



am 13. April 2007
[Beschlüsse](#), [Haushalt](#), [Sachsen-
Anhalt](#) [Schulden](#) [Zukunft](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die Freien Demokraten blicken mit tiefer Sorge auf die Kontrolle zu geratenden drohende Landesverschuldung. Die Schulden des Landes über 22 Milliarden Euro, davon ca. 10 Milliarden Euro auf das Land und ca. 3 Milliarden Euro auf die Kommunen. Hieraus resultierende jährliche Zinszahlungen belasten das Land und somit die Bürger von Sachsen-Anhalt mit einem erheblichen finanziellen Aufwand. Die Freie Demokratische Partei fordert, dass das Land weiterhin Kredite in Milliardenhöhe aufnehmen darf, um die Pro-Kopf-Verschuldung in Sachsen-Anhalt ca. 10.000 Euro zu halten.

Die bisherige Politik des Landes hat immer wieder tagespolitische Probleme zu Lasten kommenden Generationen mittels Schulden gelöst. Verantwortliches, generationenübergreifendes Handeln des Staates ist jedoch unvereinbar mit der Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte. Die Freien Demokraten fordern ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung und die kurzfristig muss die Neuverschuldung nachhaltig in den durch

die Maassnahmen, die den oben genannten Drei- Prozent-Rahmen zurückgeföhrt werden. Im Zuge dessen mögliche Haushalte erreicht werden. Ist dies erreicht, dürfen die Ausgaben nicht mehr übersteigen und grundsätzlich keine neuen Kredite aufgenommen werden. Abweichungen, also die Neuaufnahme von Krediten, bedürfen der Zustimmung mit 2/3-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Landesparlaments und des Bundestages und ausgearbeitetem, vorliegendem Haushaltsplan möglich. Ein weiteres ‚Verfrühstücken‘ des Haushalts durch die jüngsten Generation ist nach Auffassung der FDP unverantwortlich und nicht hinnehmbar.

Die FDP Sachsen-Anhalt wirkt daraufhin, dass diese Gedanken aufgegriffen und sie auf den Bundeshaushalt übertragen werden.